

## Klima- und Energie- Check

**Soll Österreich dem Beispiel anderer Staaten wie Schweden, Dänemark und Frankreich folgen und zur Gegenfinanzierung einer spürbaren Steuerentlastung des Faktors Arbeit die Abgaben und Steuern auf klimaschädliche Aktivitäten wie den Verbrauch fossiler Energieträger und anderer CO<sub>2</sub>-intensiver Produkte wesentlich erhöhen?**

**SPÖ:** Die SPÖ hat in ihrem Wahlprogramm einen Vorschlag zur Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen gemacht, der mit realistischen Annahmen vollständig und ohne Sozialabbau gegenfinanziert ist. Dazu zählt die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für den Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, die Einführung einer gerechten Erbschafts- und Schenkungssteuer ab 1 Mio. Euro für die 2-3 Prozent der Reichsten in unserem Land oder die Beibehaltung des 55 Prozent-Steuersatzes für Einkommen ab 1 Mio. Euro. Auch die Ökologisierung der Energieversorgung ist ein Schwerpunkt des SPÖ-Wahlprogrammes, allerdings eignen sich Steuern nicht als isolierte Maßnahmen, um auf ökologische Energieträger umzusteigen, da sie auf fossile Energieträger erhoben werden und damit die niedrigen Einkommen massiv betreffen würden. Daher ist ein fairer und sozialer Ansatz, die effizientere Verwendung und Ökologisierung der Energieträger (Energiewende) zu fördern. Diese ökologische Energie soll für alle, insbesondere auch für die niedrigen Einkommen, leistbar gemacht werden. Auf diesem Weg sollen über mehrere Jahre fossile Energieträger durch nachhaltige und ökologisch regenerierbare ersetzt werden.

**ÖVP:** Die Belastung mit Steuern und Abgaben ist in unserem Land bereits jetzt zu hoch. Wir lehnen die Einführung neuer Steuern daher grundsätzlich ab. Statt neuer Belastungen wollen wir unsere Klimaziele über gezielte Anreize und die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen erreichen. Die Gegenfinanzierung der Steuerentlastung auf Arbeit planen wir über höheres Wachstum, eine Ausgabenbremse sowie Effizienzsteigerungen etwa in der Verwaltung, bei den Sozialversicherungen und durch die Bekämpfung von Steuerflucht sicherzustellen.

**FPÖ:** Freiheitliche Steuerpolitik will die Steuer- und Abgabenlast massiv senken, die Staatsausgaben merkbar verringern und auf das Wesentliche ausrichten. So wird Österreich wieder wettbewerbsfähig. Denn Österreich hat ein Ausgabenproblem – und kein Einnahmenproblem. Die Entlastung der Bevölkerung und der Unternehmen Österreichs muss über Einsparungen und Verwaltungsreformen finanziert werden. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, die Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent auf maximal 40 Prozent abzusenken. Das würde im Endeffekt auf heutiger Basis fast 12 Milliarden Euro mehr jährlich in den Taschen der Bürger belassen. Eine gewaltige Summe, mit der die Österreicher nachhaltig entlastet würden. Wichtig ist für uns die Abschaffung der Kalten Progression. Die bisher fixen Steuer-Tarifstufen im Einkommensteuergesetz bringen dem Finanzminister auf Grund der „Kalten Progression“ jedes Jahr Zusatzeinnahmen in Milliardenhöhe. Erforderlich ist auch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge im unteren

Einkommensbereich.

Weiters haben wir ein Familienentlastungsmodell entwickelt, welches alternativ zur normalen Tarif-Besteuerung gewählt werden kann. Kinder dürfen zu keiner untragbaren finanziellen Belastung werden. Das verbleibende Nettoeinkommen eines einzigen qualifizierten vollzeitbeschäftigten Familienangehörigen muss im Bedarfsfall ausreichen, um der ganzen Familie das Auskommen zu ermöglichen. Die FPÖ bekennt sich zum Aufbau von Eigentum und Vermögen. An erster Stelle dabei steht der Erwerb oder der Bau einer eigenen Wohnung oder eines eigenen Hauses. In Österreich leben nur 57 Prozent der Bevölkerung im Eigentum, während der EU-Durchschnitt 70 Prozent erreicht. Internationale Großkonzerne nützen in der EU Steuerschlupflöcher und verschieben Gewinne von einer Steueroase zur nächsten, von einer Briefkastenfirma auf eine Karibikinsel und zurück, bis nichts mehr bleibt, was zu versteuern wäre. Das muss in der EU, das muss in Österreich ein Ende finden. Die Freiheitlichen sind der Meinung, dass Gewinne dort versteuert werden müssen, wo sie entstehen. Österreichs Vertreter in Brüssel sind aufgefordert, hier endlich entschlossen aufzutreten. Dem österreichischen Finanzminister entgehen Milliarden, die Österreich zustehen und sinnvoll investiert werden könnten. Die Einführung neuer Steuern und Abgaben, die lediglich der (Gegen)Finanzierung der Entlastung des Faktors Arbeit dienen, wird von uns abgelehnt.

**Grünen:** Ja, unbedingt. CO2 hat in Österreich de facto keinen Preis, fossile Energieträger werden hingegen jährlich mit über vier Milliarden Euro subventioniert. Wir Grünen kämpfen seit Jahren für eine aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform. Unser Modell sieht vor, die Kostenbelastung auf den Faktor Arbeit zu senken und die Abgaben auf CO2 stufenweise anzuheben.

**NEOS:** Ja, die Besteuerung von CO2-intensiven Produkten wird einen wichtigen Lenkungseffekt haben. Näheres demnächst in unserem Vorschlag zur ökologischen Steuerreform.